

# EUROPA IM STRATEGIEFELD EURASIEN

## Einleitende Gedanken

Rahul Peter Das

Vor der Befassung mit dem eigentlichen Gegenstand dieser Ausführungen soll eine begriffliche Klarstellung vorgenommen werden. Wenn hier von Europa die Rede ist, so ist natürlich von Europa als tatsächlicher oder anvisierter zusammenhängender Entität im macht- und sicherheitspolitischen Sinne die Rede, woraus folgt, dass damit nur die Europäische Union (EU) gemeint sein kann. Denn europäische Staaten, die trotz ihrer geographischen Lage dieser Union nicht angehören oder angehören wollen, bringen ganz offensichtlich dadurch zum Ausdruck, dass sie sich einer übergeordneten europäischen Entität, die nicht nur geographisch ist, nicht zugehörig fühlen.

Da indes die EU insbesondere nach ihrer bevorstehenden Osterweiterung den größten Teil des geographischen Raumes Europa einnehmen wird, scheint die Verwendung von „Europa“ im Sinne der EU an dieser Stelle trotz des eigentlichen semantischen Unterschiedes gerechtfertigt zu sein, insbesondere auch deshalb, weil in anderen Teilen der Welt diese semantische Weiterentwicklung des Begriffs „Europa“ sich zunehmend durchsetzt. In dieser Hinsicht haben wir sicherlich eine Parallele zur Verwendung des Begriffs „Amerika“ im Sinne von Vereinigte Staaten von Amerika.

Inzwischen kann es als Gemeinplatz gelten, dass wir in einer Zeit des Umbruchs leben, in der sich das internationale Kräftegleichgewicht grundlegend ändert. Gleichzeitig ändern sich auch die Schauplätze und die Mächte, wo und durch die das internationale Geschehen maßgeblich beeinflusst wird. Vor allem Asien verzeichnet einen rasanten Zuwachs sowohl weltpolitischer als auch militärisch-strategischer Bedeutung; Entwicklungen hier werden in zunehmendem Maße das Weltgeschehen prägen, damit auch Entwicklungen, die Europa tangieren. Zu gleicher Zeit scheinen, im Gegensatz zum größten Teil des vergangenen Jahrhunderts, die Geschehnisse in Europa selbst von immer geringerer internationaler Bedeutung zu sein.

Außerdem findet eine Intensivierung des Engagements der Vereinigten Staaten von Amerika in Asien statt, was fast zwangsläufig zur Folge hat, dass das Engagement in Europa abnimmt. In seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten des Einwirkens auf das Weltgeschehen ist Europa dadurch immer mehr auf sich selbst gestellt. Sollte es Europa nicht gelingen, diesen Herausforderungen mit entsprechenden Maßnahmen zu begegnen, so droht die Gefahr der machtpolitischen Marginalisierung. Diese ist bereits im gegenwärtigen Nahostkonflikt, direkt vor der europäischen Haustür, deutlich sichtbar.

Es droht neben der Marginalisierung aber auch ein zunehmender Verlust der Fähigkeit, dem direkten oder indirekten Einwirken anderer Mächte nicht nur in Europa, sondern auch und vor allem in außereuropäischen Regionen, die für Europa bedeutsam sind, adäquat zu begegnen. All dies dürfte sich sicherlich auch auf wirtschaftliche, soziale und andere Belange auswirken. Diese Erkenntnisse, die von Dirk Schümer bereits Ende 2001 einem allgemeinen Publikum in Deutschland mit einem bösen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung serviert wurden,<sup>1</sup> sind inzwischen Gemeinplätze.<sup>2</sup>

Es geht hier nicht um die Funktion der Europäischen Union – sowohl heute als auch, in einer erweiterten Form, in der Zukunft – als Stabilitätsrahmen in der von ihr eingenommenen Region, denn diese Funktion der EU ist unumstritten. Was hier zur Debatte steht, ist das Agieren Europas auf der internationalen Bühne, nicht nur, aber auch zur Wahrung seiner eigenen Interessen. Es geht um Strategien und Aktionen, die mit dem Blickwinkel primär auf Regionen außerhalb Europas zu planen und auszuführen sind, auch wenn sie innereuropäische Maßnahmen betreffen.

Natürlich hat es nur dann Sinn, über eine europäische Sicherheitsstrategie und mögliche Parameter dieser zu reden, wenn es eine solche tatsächlich geben sollte. Wie Heinrich Schneider unlängst hervorgehoben hat, kann eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht für sich allein betrieben werden, sondern muss mit einer gemeinsamen Außenpolitik zumindest harmonisiert, wenn nicht sogar in diese integriert werden.<sup>3</sup> Das bedeutet, dass es auch eine europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik geben müsste. Dies mag manchen als selbstverständlich vorkommen, um der besonderen Erwähnung wert zu sein, doch wie die Debatte um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts verdeutlicht, werden auch scheinbare Selbstverständlichkeiten in aktuellen Debatten oft nicht oder nicht adäquat berücksichtigt; in der Tat besteht die Gefahr, dass auch innerhalb des heutigen Europas diese notwendige Verknüpfung von Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht immer im Bewusstsein der Entscheidungsträger präsent sein wird.

Das Desideratum eines gemeinsamen europäischen Vorgehens in diesen Bereichen ist gegenwärtig weit von der Realisierung entfernt; die Entwicklungen um die Frage von Aktionen gegen den Irak haben deutlich gemacht, dass in Europa und insbesondere in den größeren EU-Staaten nach wie vor das Agieren im nationalen und nicht im europäischen Rahmen im Vordergrund steht. Selbst das Ausrichten des nationalen Agierens an gesamteuropäischen Bedürfnissen, was in Ermangelung eines tatsächlichen europäischen Agierens immerhin noch einigermaßen, wenn auch unvollständig, dem geschilderten Desideratum entsprechen könnte, ist nicht ohne weiteres gegeben.

Das kann sich zwar in der Zukunft ändern, doch gerade hierzu hat Erich Reiter nach einer eingehenden Untersuchung des gegenwärtigen und möglichen zukünftigen Standes der Bemühungen zur Realisierung einer solchen echten Europäisierung unlängst geschrieben: „Mit oder ohne Erweiterung sind die Chancen für eine wirkliche GASP<sup>4</sup> und für eine verfestigtere, außenpolitisch handlungsfähige EU, die einen staatsartigen Charakter entwickelt, nach derzeitiger Beurteilungslage nicht gut. Durch die Erweiterung wird das ohnedies wenig wahrscheinliche noch unwahrscheinlicher.“<sup>5</sup>

Sollte dies zutreffen, so droht ein Zustand sich auch in der Zukunft fortzuschreiben, den Reiter wie folgt beschreibt: „Aber trotz allem Erreichten in dieser Mischung aus Staatenbund und Bundesstaat, den die EU darstellt und der ja über die Schengen-Vereinbarungen auch über eine gemeinsame Außengrenze verfügt, trotz des zweifellos gegebenen internationalen Einflusses, erscheint die EU anderen nicht als eine Macht. Sie hat keine geopolitische Identität.“<sup>6</sup> Und für die Zukunft wird ohne grundlegende Änderungen vorausgesagt: „Insbesondere kann nicht gehofft werden, dass die Union nach der Erweiterung ein bedeutender Akteur und Konfliktmanager wird.“ Was das bedeuten würde, hat Janusz Reiter, ehemaliger polnischer Botschafter in Deutschland, hervorgehoben: „Deutlicher abzusehen ist, wohin die nationalen Wege in Europa führen könnten: in die gemeinsame Bedeutungslosigkeit.“<sup>7</sup>

Österreich hat im Jahre 2001 eine Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin ausgearbeitet, die von einer gesamteuropäischen Interessenlage ausgeht und im Lande als ein Paradigmenwechsel angesehen wird. Hierzu hat Gustav E. Gustenau kurz und bündig formuliert: „Die Agenda der österreichischen Sicherheitspolitik ist daher zunächst mit jener der EU ident.“<sup>8</sup> Hiermit wird ausdrücklich die Priorität des Europäischen vor dem Nationalen festgestellt: „Nationale Verteidigungsplanungen haben sich primär an den Erfordernissen des europäischen Krisenmanagements zu orientieren.“<sup>9</sup>

Allerdings legt die neue österreichische Doktrin auch fest, dass die nationale Interessenlage nach wie vor das konkrete Engagement des Staates im Rahmen europäischer sicherheitspolitischer Maßnahmen zu bestimmen habe und die letzte Entscheidung in solchen Fragen bei den nationalen Instanzen bleibe. Aus pragmatischer Sicht kann man in Ermangelung einer einschlägigen übernationalen europäischen Instanz mit den benötigten

Befugnissen zum gegenwärtigen Zeitpunkt zwar kaum anders verfahren, aber in der Frage des Prinzipiellen und letztendlich Anzustrebenden sind verschiedene Sichtweisen möglich, und diese haben tatsächlich Ende 2001 zu einer Auseinandersetzung im österreichischen Parlament geführt, die höchstwahrscheinlich nicht die letzte in der Sache sein wird.<sup>10</sup> Es ging dabei nicht nur, aber in erheblichem Maße um die Frage der nationalen oder supranationalen Zuständigkeiten in Sicherheits- und Verteidigungsbelangen. Dies ist eine Frage, mit der sich in den kommenden Jahren die Parlamente aller EU-Staaten werden befassen müssen, wenn die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) tatsächlich umgesetzt werden sollen. In gewisser Weise kann man in dieser Debatte daher von einer Vorreiterrolle Österreichs sprechen.

Natürlich geht es bei der Festsetzung von Prioritäten und Handlungsrichtlinien sowie bei Entscheidungen zum tatsächlichen Handeln um Vorgänge, die durch die politischen Instanzen zu behandeln sind. Maßnahmen in diesem Bereich stehen aber nicht im luftleeren Raum, sondern berücksichtigen tatsächliche oder angenommene Bedürfnisse, Ziele und Realisierungsmöglichkeiten, wobei sie sich auf eine Grundlage von Fakten oder das, was für Fakten gehalten wird, stützen müssen. Ihre Qualität hängt damit letztendlich von jener der Grundlage ab. Es ist diese Grundlage, mit der wir uns im vorgegebenen Kontext zu befassen haben.

Dabei haben wir es mit zwei Komponenten zu tun, die beide gleichermaßen wichtig sind. Erstens geht es um die Feststellung des tatsächlich Vorhandenen und um mögliche Konsequenzen, die sich aus diesem Gegebenen ergeben könnten. Zweitens geht es aber auch um die Art und Weise, in der nicht nur das Vorhandene wahrgenommen, analysiert und bewertet, sondern überhaupt als etwas Vorhandenes erkannt und anerkannt wird. Gerade die zweite Komponente wird bei strategischen und militärischen Analysen nicht immer adäquat berücksichtigt, obwohl ihre Wichtigkeit doch eigentlich offenkundig sein dürfte.<sup>11</sup> Wir werden uns mit beiden Komponenten zu befassen haben.

Was sich hinter diesen eher systematisch-theoretischen Ausführungen konkret verbirgt, dürfte allgemein bekannt sein. Es handelt sich um die Analyse des und die Schlussfolgerungen aus dem gegenwärtigen Zustand, der die relativ stabile bipolare Ordnung des Kalten Krieges durch eine multipolare Ordnung – manche würden auch sagen: Unordnung – ersetzt hat, durch eine Situation, in der mehrere Großmächte als das internationale Geschehen bestimmend angesehen werden. Von diesen ist eine, nämlich die USA, den anderen so weit überlegen, dass sie allgemein als Supermacht bezeichnet wird; inzwischen benutzen manche, denen der Begriff „Supermacht“ die tatsächliche Dominanz der USA nicht prägnant genug zum Ausdruck bringt, den Begriff „Hypermacht“.<sup>12</sup> Als die anderen Großmächte werden in der Regel genannt: Europa, Russland, China und Indien; oft wird noch Japan hinzugefügt. Wir stoßen hier auf ein definitorisches Problem, das sowohl die Perzeption als auch die aus dieser resultierenden Maßnahmen beeinflussen kann. Es geht um den Begriff der „Polarität“. Heute wird oft der Begriff „unipolar“ verwendet, um auszudrücken, dass es auf der Erde nun nur ein einziges bedeutendes Machtzentrum gibt. Dies kann dann zu der Schlussfolgerung führen, dass es sich nur noch lohne, sich nach diesem einzigen Machtzentrum auszurichten, da dies allein das international bestimmende sei.

„Unipolar“ kann aber auch anders verstanden werden, nämlich als auf eine einzige „Supermacht“ oder „Hypermacht“ bezogen; es bezeichnet dann zwar das Fehlen einer anderen solchen Macht, nicht aber notwendigerweise anderer Großmächte überhaupt. Es liegt auf der Hand, dass eine solche Sicht letztendlich zu einer Ausrichtung eigener Bestrebungen und Maßnahmen führen kann, die nicht nur eine einzige, sondern mehrere Großmächte mit berücksichtigt.

Um die zweite Verwendung von „unipolar“ eindeutig auszudrücken, wird gern – und auch hier – der Begriff „multipolar“ verwendet. „Multipolar“ drückt aus, dass wir es mit mehreren

Großmächten zu tun haben, schließt aber nicht aus, dass eine von diesen die anderen überragt, gar eine sogenannte „Supermacht“ oder „Hypermacht“ ist. Heute benutzen manche zur Beschreibung des letztgenannten Zustandes und zur Vermeidung begrifflicher Unschärfen auch den Begriff „uni-multipolar“, der auf Samuel P. Huntington zurückgeht.<sup>13</sup>

Es handelt sich bei alledem nicht um bloße Worthülsen, sondern um Vorgaben, an denen Handlungen ausgerichtet werden. So hat bekanntlich Russland lange gerade die Multipolarität zu einem Schwerpunkt seiner diplomatischen Bemühungen zu machen versucht; beispielsweise hat erst unlängst Anatol Lieven angeführt, dass es durchaus vorstellbar sei, dass sich Europa (EU) und Russland unabhängig von den USA und sogar gegen diese zusammenschließen.<sup>14</sup> Und in der gemeinsamen Erklärung am Ende des dritten Gipfeltreffens zwischen der EU und Indien am 10. Oktober 2002 in Kopenhagen wird unter Punkt 3 angeführt: „India and the EU, global actors in the multipolar world ...“;<sup>15</sup> diese Wortwahl ist sicherlich keine zufällige oder unbedachte.

Doch unabhängig von der verwendeten Terminologie bleibt festzuhalten: Im Gegensatz zur bipolaren Ordnung, in der größtenteils zwei Supermächte als Führer verfeindeter Machtblöcke das Weltgeschehen beeinflussten, haben wir in einer multipolaren Ordnung selbst beim Vorhandensein einer Hypermacht mehr Beeinflussungsmöglichkeiten durch mehrere Großmächte, auch wenn es sich nur um die Interaktion dieser mit der verbleibenden Supermacht, der neuen Hypermacht, handeln sollte, denn diese Interaktion dürfte schwerlich homogen sein. Tatsächlich müssen wir allerdings auch von einer Interaktion der verschiedenen Großmächte untereinander ausgehen.

Aus diesem Agieren verschiedener Großmächte kehrt ein Zustand zurück, den man vielerorts auf der Welt für schon längst überholt gehalten hatte. Dieser alte und gleichzeitig neue Zustand erfordert aber eine andere Vorgehens- und Denkweise als diejenige, die zu Zeiten des Kalten Krieges dominierte: „The logic of fixed alliances that constituted the Cold War balance of power is diametrically opposed to the logic of flexible alliances that characterised an earlier era in Europe. The former rested on constant loyalties, while the latter involved a changing pattern of friends and enemies. States in each case engaged in different practices, based on a different logic of action. ... The logic of each is different and this is evident in the language by which the meaning of action within each has been constituted.“<sup>16</sup>

Man könnte natürlich darüber streiten, was genau die Kriterien sind, die es erlauben, einen Staat als Großmacht zu bezeichnen; sicherlich ist es nicht nur empirisch Verifizierbares, sondern auch eher in der Vorstellung oder Wahrnehmung Vorhandenes, das hierbei eine gewichtige Rolle spielt. Wirtschaftliche Macht kann dabei durchaus ein Kriterium, muss jedoch nicht ausschlaggebend sein.<sup>17</sup> Doch welche Kriterien auch tatsächlich maßgeblich sein sollten, ändern würde das an der allgemeinen Einschätzung wohl wenig. Daher wollen wir uns mit dieser Frage hier nicht aufhalten, wie auch nicht mit der Frage der Interaktion der genannten Großmächte, zumal diese bereits zur Genüge bekannt sein dürften oder aber in den nachfolgenden Beiträgen behandelt werden. Worauf hier besonders eingegangen werden soll, ist das Problem der Perzeption dieser neuen Lage durch Europa, denn diese Perzeption ist maßgeblich für die europäische Analyse und die daraus resultierenden Schlussfolgerungen und Handlungen.

Als erstes fällt auf, dass die Rede fast nur noch von einem Europa ist, nicht von einzelnen europäischen Staaten. Das ist natürlich ein in vielem fiktives Konstrukt, denn von einem Akteur Europa kann nur bedingt die Rede sein. Insofern haben wir es eher mit einem Modell als einer Beschreibung der Wirklichkeit zu tun. Die frühere Bedeutung einzelner europäischer Staaten, die sich heute noch in inzwischen von der Wirklichkeit überholten Gremien wie dem Weltsicherheitsrat zeigt, ist hierbei international faktisch irrelevant, jedoch als virtueller, Entscheidungen und Handlungen nach wie vor beeinflussender Faktor für Europa nach wie vor von immenser Bedeutung.

Das ist für Europa sicherlich ein großes Problem, und wenn es nicht gelingt, dieses zu lösen, so wird die hier offenkundige Diskrepanz zwischen dem tatsächlich Vorhandenen und dem Modell der Großmächtekonstellation irgendwann so groß werden, dass Europa aus diesem Modell ganz verschwinden könnte. Allein schon diese Möglichkeit sollte eigentlich die große Bedeutung eines als Europa agierenden Europas offenkundig machen. Doch auch ein Hinweis auf bisher durch das Zusammenwirken europäischer Staaten Erreichtes dürfte hier nicht fehl am Platze sein: Wie Erich Reiter hervorgehoben hat, ist es gerade der Zusammenschluss der großen europäischen Staaten, der verhinderte, dass nicht nur kein einzelner europäischer Staat sich als Hegemonialmacht in Europa etablieren konnte, sondern auch die USA dort keine Position alles dominierender Hegemonie einnehmen konnten.<sup>18</sup> Ohne ein Zusammenwirken wäre dieser Zustand kaum erreicht worden.

Inzwischen haben aber nicht nur einzelne europäische Staaten, sondern hat auch Europa insgesamt einen Bedeutungsverlust erlitten, der sich bereits in vielfältiger Weise in den Aktionen und Reaktionen anderer in Bezug auf Europa niederschlägt, insbesondere der USA. Hierzu hat John Lloyd unlängst in der Financial Times geschrieben: „It means that Europeans are now in the uncomfortable position of being thought about, by a large part of the US elite, in the dismissive, contemptuous way in which the British used to think about the rest of the world – including the rest of Europe – when they were top dogs.“<sup>19</sup>

Vor allem bedeutet dies, dass die privilegierte Position, die Europa im internationalen Gefüge für den größten Teil des letzten Jahrhunderts innehatte, verloren ist, wahrscheinlich unwiederbringlich. Daraus ergibt sich unter anderem ein Problem, das schon längst ein Bestandteil der öffentlichen Diskussion ist. Es handelt sich um Divergenzen der Interessen der USA und Europas, Divergenzen, die zwar auch früher oft vorhanden waren, jedoch wegen der besonderen Bedeutung Europas für die USA wie auch der Abhängigkeit Europas von diesen gewisse Toleranzgrenzen niemals überschreiten durften. Diese Bindungen haben sich erheblich gelockert, insbesondere zum Nachteil Europas, das nach wie vor massiv von den USA abhängig bleibt, während diese bereits andere Optionen erkunden.

Daraus ergibt sich ein Problem in Bezug auf die NATO, denn die Bindung an diese zementiert ja gleichzeitig auch eine inzwischen offenkundig sich vergrößernde Abhängigkeit von den USA. Das hat zu einem Dilemma geführt, das Erich Reiter präzise beschrieben hat: „Der NATO wollen die Europäer die Sicherheitspolitik nicht alleine überlassen. Eine eigene Sicherheitspolitik aufzubauen, dazu ist man aber nicht im Stande beziehungsweise willens.“<sup>20</sup> „Solange es die NATO gibt, ist die ESVP keine absolute Notwendigkeit ...“<sup>21</sup> Andererseits ist es vor allem die NATO, die Stabilität in Europa garantiert,<sup>22</sup> wobei „Europa“ in diesem Falle auch Europa außerhalb der Grenzen der gegenwärtigen EU mit einschließt.

Allerdings könnte es gefährlich sein, diese durch die NATO in Europa erzeugte Stabilität als immerwährend anzusehen. Wenn die Überlegungen von Gary L. Geipel stimmig sein sollten, dann läuft der jetzige Zustand kurzfristig auf eine robuste NATO und eine schwache ESVP, langfristig aber auf sowohl eine schwache NATO als auch auf eine schwache ESVP hinaus. Das wäre in der Tat eine für Europa äußerst besorgniserregende Entwicklung.<sup>23</sup>

Aber dies ist nicht das einzige, und im gegebenen Zusammenhang auch nicht das Hauptproblem. Was unser Thema vor allem betrifft, ist die Tatsache, dass Europa sich allmählich damit abfinden muss, als gleichgestellt mit Ländern wie China und Indien, denen es sich nach wie vor sehr überlegen fühlt, betrachtet zu werden, in mancher Hinsicht sogar als diesen nachrangig. Um diesen Zustand zu beschreiben, hat Lloyd das Bild eines Rades benutzt,<sup>24</sup> das ich hier, allerdings mit einigen Modifikationen, übernehmen möchte. Es handelt sich um ein Rad, dessen Nabe die USA bilden, die von dieser Nabe aus auf die anderen Großmächte blicken, die jeweils am Ende einer Speiche platziert sind. Dieses Bild drückt sehr einprägsam gleichzeitig die Vormachtstellung der USA und die Gleichstellung Europas mit anderen Mächten aus.

Die Akzeptanz dieser, der eigenen Stellung in der Welt stellt sicherlich ein gewaltiges Problem für Europa dar. Wenn das Problem aber nicht angegangen wird, besteht die Gefahr, dass die Wahrnehmung des Gegebenen massiv verfälscht wird, was gravierende Folgen haben könnte. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Ausführungen von Diethelm Weidemann in seiner Analyse des rezenten Kargil-Konflikts zwischen Pakistan und Indien aufmerksam machen: Weidemann hebt als Grund für die Niederlage Pakistans unter anderem die irrigen pakistanischen Vorstellungen der inhärenten Superiorität pakistanischer Soldaten gegenüber indischen hervor.<sup>25</sup> Wie wir alle wissen, hat beim Untergang sowohl Hitler-Deutschlands als auch der UdSSR der Glaube an die eigene inhärente Superiorität keine geringe Rolle gespielt. In europäischen Medien werden die USA oft vor ähnlicher falscher Selbsteinschätzung gewarnt, während entsprechende Hinweise auf die gleichfalls existente, aber im Gegensatz zu den USA nicht durch solch offenkundige Übermacht untermauerte eigene Selbsteinschätzung kaum jemals zu finden sind.

Sehr einprägsam lässt sich diese Verfälschung der Wahrnehmung durch den Einfluss vorhandener Gedanken- und Wahrnehmungsmuster am Beispiel Indiens aufzeigen; einen Versuch habe ich selbst in einer Analyse der neuen deutschen außenpolitischen Richtlinien in Bezug auf Südasiens unternommen.<sup>26</sup> Nach wie vor scheint in Deutschland unter den Entscheidungsträgern das Bild eines von Problemen gezeichneten, auf westliche Hilfe dringend angewiesenen armen Entwicklungslandes vorherrschend zu sein, von dem es unvorstellbar ist, dass es in irgend einem Bereich ebenbürtig oder gar überlegen sein könnte. Es löst daher immer wieder Erstaunen aus, wenn beispielsweise darauf hingewiesen wird, dass geowissenschaftliche Dissertation an deutschen Universitäten zu deutschen Landstrichen inzwischen ausschließlich auf Bildmaterial aus indischen Erkundungssatelliten basieren können.<sup>27</sup>

Tatsächlich zeigt sich heute immer mehr, dass im militärischen und Sicherheitsbereich die Herrschaft im Weltraum von immenser Bedeutung ist.<sup>28</sup> In diesem Spiel ist Indien aber ein ernst zu nehmender Mitspieler;<sup>29</sup> wie das soeben angeführte Beispiel belegt, zählen seine Aufklärungs- und Erkundungssatelliten zu den besten weltweit. Das Festhalten an einer überholten Sichtweise führt sicherlich nicht zu einer realistischen Einschätzung des hier vorhandenen Potentials; es bleibt zu hoffen, dass nicht erst die wohl recht bald zu erwartende Aufstellung im Lande selbst gefertigter indischer Interkontinentalraketen, die auch atomar bestückt werden können, der Anstoß zu einer anderen Einschätzung sein wird. Im Gegensatz zu Europa werden in den USA derartige potentielle Entwicklungen schon jetzt ernst genommen,<sup>30</sup> was sicherlich mit der anderen Sichtweise in Bezug auf Indien zusammenhängt. Dass diese durch dieses kleine Beispiel erläuterte Sichtweise nicht nur deutsch, sondern gesamteuropäisch ist, kann leicht belegt werden, gleichzeitig auch die in dieser Hinsicht großen Unterschiede zur USA verdeutlichend. Im September 2002 veröffentlichte das Weiße Haus eine neue Sicherheitsstrategie für die USA, die in Europa für einige Aufregung sorgte, denn in ihr wurde das Primat des Eigeninteresses hervorgehoben und auch der Wille bekräftigt, wenn notwendig Gewalt gegen andere nicht nur präventiv anzuwenden, sondern auch ohne Rücksicht auf die Meinung anderer Staaten oder internationaler Gremien. Wer sich die Mühe machte, sich über die Webseiten des Weißen Hauses eine Kopie dieser Doktrin zu besorgen,<sup>31</sup> konnte allerdings einerseits feststellen, dass die einschlägige Publikation tatsächlich aus Reden des Präsidenten der USA besteht, die zwischen September 2001 und Juni 2002 gehalten wurden, dann hier vereint und mit einer Einleitung versehen worden sind, andererseits aber auch, dass diese Reden neben den bereits genannten und teilweise schon längst bekannten auch einige Elemente enthalten, die die internationalen Medien größtenteils ignoriert haben, obwohl sie nicht minder wichtig sind.

Für uns besonders interessant ist eine Rede, die am 1. Juni 2002 gehalten wurde und Auskunft über bestehende und zukünftige Bündnisse und Koalitionen mit anderen gibt.<sup>32</sup> Während etwa 40 Prozent der Rede der NATO und den Bündnissen in Ozeanien und Südostasien sowie

Japan gewidmet werden, befassen sich circa 60 Prozent mit nur drei Staaten, die als wichtige Großmächte charakterisiert werden, nämlich Russland, Indien und China, wobei zu Indien ausdrücklich gesagt wird, man habe mit dem Land gemeinsame strategische Interessen und strebe eine enge Partnerschaft („strong partnership“) mit ihm an. Bedeutsam ist auch die Gleichsetzung von Indien mit Russland und China auf höchster Ebene in den USA, womit erstaunlich schnell einer Forderung entsprochen wurde, die von Asien-Fachleuten erhoben worden war.<sup>33</sup> Ob empirisch messbare Faktoren diesen Status Indiens als Großmacht tatsächlich belegen oder nicht,<sup>34</sup> dürfte dabei nicht ausschlaggebend gewesen sein, sondern eher die Perzeption Indiens als Großmacht.

Nur wenig später, nämlich am 23. und 24. September 2002, fand in Kopenhagen ein Gipfeltreffen der Führer der Staaten der europäischen Union mit den Staaten der Association of Southeast Asian Nations und den drei assoziierten Staaten China, Japan und Südkorea, das heißt der so genannten ASEAN+3 statt. Das wäre hier nicht besonders erwähnenswert, wenn es sich nicht um ASEM 4, dem vierten Treffen Asiens und Europas (Asia-Europe Meeting) gehandelt hätte. Man hält es kaum für möglich, dass nach allem, was in der letzten Zeit geschehen und in zahllosen Abhandlungen und Untersuchungen erörtert worden ist, die EU immer noch an einem Asien-Begriff festhält, der sich ausschließlich auf Ost- und Südostasien beschränkt.<sup>35</sup> Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass hier Vorbehalten der ASEAN+3-Staaten gegen die Einbeziehung Indiens in den Dialog mit der EU Rechnung getragen wird und dass die EU als Ausgleich getrennte Gipfeltreffen mit Indien veranstaltet (den dritten am 10.10.2002 in Kopenhagen), denn gerade durch dieses getrennte Verfahren wird verdeutlicht, dass für die EU Indien offiziell nicht zu Asien gehört, nicht in der gleichen Liga wie die ost- und südostasiatischen Staaten mitspielt.

Diese hier zum Vorschein kommende beschränkte europäische Weltsicht, die gerade durch den Vergleich mit dem US-Dokument umso augenfälliger wird, kann nachhaltige und schädliche Folgen für Europa haben. Die südasiatische Großmacht Indien beansprucht inzwischen eine Sicherheitszone, die nicht nur die gesamten, für Europa außerordentlich wichtigen Erdölvorkommen sowohl des Nahen Ostens als auch Zentralasiens mit einschließt, sondern auch einen Großteil seiner asiatischen und afrikanischen Handelsrouten.<sup>36</sup>

Gleichzeitig ist Indien außer den USA die einzige Macht, die im auch für Europa immer wichtiger werdenden Indischen Ozean eine glaubwürdige Hochseestreitmacht unterhalten kann.<sup>37</sup> Es ist offenkundig, dass Europa durch die Sichtweise, die aus der bewussten Ausgrenzung südasiatischer Staaten bei einem ausdrücklich Asien gewidmeten Forum deutlich wird, auf dem besten Wege ist, sich in das eigene Fleisch zu schneiden.

Das Beispiel Indiens wurde hier nur aus dem Grunde angeführt, dass es besonders einprägsam erscheint und die gegebene Problematik sehr einleuchtend aufzeigen kann. Es sollte keineswegs der Eindruck entstehen, dass diese Wahrnehmungsprobleme nur Indien betreffen; sie betreffen vielmehr einen Großteil der Einschätzung und Interaktion Europas mit der restlichen Welt. Besonders augenfällig zeigen sich in letzter Zeit die sich hieraus ergebenden ernsthaften Probleme im Verhältnis zu den USA, die zu einem erheblichen Teil aus einer Verkennung Europas seiner eigentlichen Bedeutung und Möglichkeiten resultieren.

Ein sehr gutes Beispiel ist die Angelegenheit des Internationalen Strafgerichtshofes. Dieser ist eine europäische Schöpfung, deren Einrichtung von keinem einzigen anderen der als Großmächte des 21. Jahrhunderts gehandelten Staaten unterstützt wird; selbst die Unterstützung nach der Anzahl der das entsprechende Dokument ratifizierenden Staaten stellt eine recht eindeutige Minderheitenposition dar, wobei noch hinzukommt, dass ein Großteil der ratifizierenden Staaten tatsächlich im internationalen Machtgefüge eher unbedeutend ist. Nichtsdestotrotz ist nicht nur von den europäischen Medien, sondern auch von offizieller Seite diese eindeutige Minderheitenposition als der Wille der internationalen Mehrheit dargestellt worden, und Andersdenkende, insbesondere die USA, sind für ihre Weigerung, diesen angeblichen Mehrheitswillen zu akzeptieren, angegriffen worden.<sup>38</sup>

Mir scheint diese Verkennung der Realität unter anderem auch auf einer Nichtanerkennung der Bedeutung der anderen Staaten, die neben den USA eine Ratifizierung ablehnen, zu beruhen. Doch wie dem auch sei, auf jeden Fall kann diese erstaunliche Selbsttäuschung ganz offensichtlich zu keiner realistischen Auseinandersetzung mit der Materie führen, insbesondere mit der Frage der praktischen Durchsetzbarkeit. Denn unabhängig von allen moralischen oder legalen Erwägungen und Ansprüchen ist es letztendlich die tatsächliche Durchführung eines Vorhabens, die zu seiner Realisierung führt, und diese Durchführung hängt entscheidend von der Durchsetzbarkeit des eigenen Standpunktes ab. Bei der Berücksichtigung dieses Faktors scheint Europa große Schwierigkeiten zu haben, insbesondere bei der Formulierung von Vorhaben, die es realisieren möchte, und den Vorgaben dazu.

Ein Bewusstsein für die oft als Euro- oder Europazentrismus bezeichnete eingeschränkte Weltsicht führt auch zur kritischen Betrachtung vieler scheinbarer Selbstverständlichkeiten. So sind die Begriffe, Schablonen und Kategorien dessen, was allgemein als das internationale Ordnungsgefüge angesehen wird, größtenteils in Europa erwachsen und auf Europa bezogen, konnten aber dank europäischer und später US-amerikanischer Macht internationale Geltung erlangen. Steigen Mächte mit anderen Vorstellungen und Erfahrungen zu bestimmenden Faktoren des internationalen Geschehens auf, so ist über kurz oder lang damit zu rechnen, dass diese Begriffe, Schablonen und Kategorien sehr in Frage gestellt und eventuell sogar durch andere ersetzt werden.

Dies betrifft auch Grundsätzliches wie beispielsweise internationale Rechtsnormen und -begriffe, aber auch politische Begriffe und Kategorien. Ein gutes Beispiel ist der Begriff des Staates. In diesem Bereich ist etwas spezifisch Europäisches und insbesondere Westeuropäisches, vor allem basierend auf dem sogenannten westfälischen System, allmählich zur internationalen Norm erhoben worden. Das ist nicht nur wegen des dadurch bedingten nationalstaatlichen Verständnisses von Kultur und Sozialem problematisch,<sup>39</sup> sondern führt auch zu großen Schwierigkeiten bei der Interaktion mit Strukturen, die nicht dieser Norm entsprechen, aber dennoch als ernst zu nehmende Mächte agieren.<sup>40</sup>

Insbesondere in Bezug auf gewalttätige Auseinandersetzungen mit solchen Entitäten entstehen große Probleme, die auch für die europäische Sicherheitspolitik von Belang sind. Mit diesem Problemfeld hat sich Herfried Münkler in seinem Werk „Die neuen Kriege“ befasst,<sup>41</sup> wobei jedoch anzumerken ist, dass die Tatsache, dass man nach wie vor auch mit so genannten klassischen Kriegen zwischen Staaten rechnen muss, nicht adäquat berücksichtigt erscheint.

Dies mag daran liegen, dass auch in diesem in Europa entstandenen Werk die tatsächliche Bedeutung wichtiger asiatischer Staaten, die als Staaten mit Großmachtanspruch auftreten und agieren und die Konfliktvermeidung nicht unbedingt zum obersten Leitfaden machen, nicht die gebührende Berücksichtigung findet. Kenichi Ohmaes These von Ende des Nationalstaates<sup>42</sup> mag im wirtschaftlichen Bereich stimmen, doch darf dies nicht zu einer kritiklosen Übertragung auf den politischen Bereich führen. Ich möchte in diesem Zusammenhang Hans Heinrich Blotevogel zitieren: „Globalisierung ist zugleich: Universalismus *und* Partikularismus, Integration *und* Fragmentierung, Zentralisierung und Dezentralisierung, Konflikt *und* Ausgleich.“<sup>43</sup>

Auch in anderen grundlegenden Bereichen wirkt sich der so genannte Europazentrismus aus: Ein gutes Beispiel ist, wie gerade angedeutet, die Debatte um die Anwendung von Gewalt bei Auseinandersetzungen. Europa scheint auch in dieser Frage eine Minderheitenposition einzunehmen, ohne sich dieser Tatsache bewusst zu sein, weil es nach wie vor seine Position als internationale Norm betrachtet, die es ungeprüft auch bei anderen voraussetzt.<sup>44</sup> Die Debatte um das Wesen der Macht und die Parameter für ihre Verwendung basieren ebenfalls größtenteils auf europäischen Erfahrungen, die verallgemeinert werden, was insbesondere bei den Schulen des Neoliberalismus und Neoinstitutionalismus augenfällig wird.



Es sollte allerdings nicht der Eindruck entstehen, dass wir es hier mit einem Problem zu tun haben, das Europa allein betrifft. Das Problem ist vielmehr anscheinend ein universelles; es ist ja nicht ohne Grund, dass Henry Kissinger erst letztes Jahr die Entscheidungsträger der USA in seinem vielbeachteten Werk „Does America Need a Foreign Policy?“ in dieser Hinsicht aufzuschrecken versuchte.<sup>45</sup> In gleicher Weise kann von einem Perzeptionsproblem anderer Staaten im Verhältnis zueinander gesprochen werden. Oftmals wird dieses Problem nicht einmal als ein Problem erkannt; wenn es erkannt wird, wird ihm nicht unbedingt eine hohe Priorität zuerkannt – und dies, obwohl der Einfluss des Raumes auf Wahrnehmung und Diskursstil schon längst erkannt worden ist,<sup>46</sup> ein Einfluss, der sich durch Translokation von Individuen auch anderswo und über lange Zeitperioden hinweg manifestieren kann. Obwohl es sicherlich methodisch fehlerhaft wäre, diese Faktoren einfach zu verabsolutieren, dabei eventuell auch noch den jeweiligen Raum als statische Größe ansehend, verstieße es andererseits gegen allen Augenschein, sie in Abrede zu stellen.<sup>47</sup>

Dass Überlegungen zu einer europäischen Sicherheitsstrategie sich neben einer Analyse der eigenen Wahrnehmungsmechanismen auch mit den Wahrnehmungsmechanismen anderer auseinander zu setzen haben, dürfte daher einleuchten, denn schließlich bestimmen die Wahrnehmungen dieser anderen in nicht unerheblichem Maße ihre Zielsetzungen und Handlungen. Spätestens seit dem bekannten Werk von Robert Jervis<sup>48</sup> dürften ohnehin kaum Zweifel am prägenden Wert von Perzeptionen bestehen, sei es in Bezug auf die Interaktion mit Staaten, sei es in Bezug auf die mit nichtstaatlichen Akteuren, beispielsweise Terroristengruppen.<sup>49</sup> Die aufsehenerregende These Robert Kagans von inzwischen fundamentalen Differenzen zwischen Europäern und US-Amerikanern, die zu zum Teil sehr unterschiedlichen Prioritäten und Handlungen auf internationaler Ebene führten, bezieht sich teilweise auf das Vorhandensein unterschiedlicher Perzeptionen.<sup>50</sup> Es ist daher notwendig, dass nicht nur die sogenannten „hard facts“, sondern auch die „soft facts“, zu denen gerade und vornehmlich Perzeptionen und Gedankenmuster zählen, adäquate Berücksichtigung finden.

Univ.-Prof. Dr. Rahul Peter Das  
Professor für Neuindische Philologie an der  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

### **Anmerkungen**

[1] Dirk Schümer, Die Krimkriegssituation. Getrennt abmarschieren: Europa in der neuen Weltordnung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.12.2001, S. 43.

[2] Eine Zusammenfassung findet sich bei Erich Reiter, Die strategische Situation und die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen im Hinblick auf die zweite NATO-Osterweiterung, Wien (Büro für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung) 2002 (Strategische Analysen). Vgl. auch Rahul Peter Das, Einführung, in: Peter Hazdra, Erich Reiter (Hrsg.), Die sicherheitspolitische Entwicklung in Südasiens, Wien (Landesverteidigungsakademie Wien / Büro für Sicherheitspolitik) 2001 (Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 3/2002), S. 5–15. Vgl. auch Ders., Die Beziehungen zwischen den USA und Indien im Lichte europäischer Interessen, in: Erich Reiter (Hrsg.), Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2002, Band 1, Hamburg/Berlin/Bonn (Verlag E.S. Mittler & Sohn) 2002, S. 187–206.

[3] Heinrich Schneider, Von der „gemeinsamen Verteidigungspolitik“ der EU zur Neuauflage der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, in: Erich Reiter (Hrsg.), Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2002, Band 1, Hamburg/Berlin/Bonn (Verlag E.S. Mittler & Sohn) 2002, S. 79–105, hier S. 88.

[4] Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

[5] Erich Reiter, Strategiepapier: Sicherheitspolitik und EU-Erweiterung. Wien (Büro für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung) 2002 (Strategische Analysen), S. 18. Mit leicht abweichendem Wortlaut finden sich diese Zeilen auch in: Ders.,

Kommentar: Reflexionen zur sicherheitspolitischen Bedeutung der EU-Erweiterung, in: Ders., Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2002, Band 1, Hamburg/Berlin/Bonn (Verlag E.S. Mittler & Sohn) 2002, S. 69–76, hier S. 73f.

[6] Reiter, Strategiepapier, S. 4.

[7] Janusz Reiter: Bin ich wirklich ein Kriegstreiber?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.10.2002, S. 8.

[8] Gustav E. Gustenau, Ein Paradigmenwechsel in der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik? – zur Ausarbeitung einer neuen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, in: Erich Reiter (Hrsg.), Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2001, Hamburg/Berlin/Bonn (Verlag E.S. Mittler & Sohn) 2001, S. 955–964, hier S. 962.

[9] A.a.O.

[10] Siehe zu dieser Auseinandersetzung z.B. Schneider, a.a.O., S. 80f.

[11] Vgl. z.B. Rahul Peter Das, Kulturalanalyse als Bestandteil strategischer Studien. Das Beispiel Südasien, in: Erich Reiter (Hrsg.), Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2001, Hamburg/Berlin/Bonn (Verlag E.S. Mittler & Sohn) 2001, S. 871–891. Mehr auf die praktische Verwendung bezogen ist Jürgen Mannhardt, Interkulturelle Kompetenz, in: Europäische Sicherheit. Politik, Streitkräfte, Wirtschaft, Technik (Bonn) 48,1 (Januar 1999), S. 34–37.

[12] Siehe zu diesem Begriff besonders Kim Richard Nossal, Lonely Superpower or Unapologetic Hyperpower? Analyzing American Power in the Post-Cold War Era <<http://post.queensu.ca/~nossalk/papers/hyperpower.htm>>.

[13] Er wurde wahrscheinlich zuerst verwendet in der Rede „Global Perspectives on War and Peace or Transiting a Uni-Multipolar World“, Bradley Lecture vom 11.5.1998 <<http://www.aei.org/bradley/bl051198.htm>>.

Bekannter ist allerdings der Aufsatz „The Lonely Superpower“, in: Foreign Affairs (New York) 78,2 (March/April 1999), S. 35–49.

[14] Anatol Lieven, The Secret Policemen’s Ball: The United States, Russia and the International Order after 11 September, in: International Affairs (London) 78 (2002), S. 245–259, hier S. 256f.

[15] <[http://www.eu2002.dk/news/news\\_read.asp?iInformationID=23390](http://www.eu2002.dk/news/news_read.asp?iInformationID=23390)>.

[16] K.M. Fierke, Links Across the Abyss: Language and Logic in International Relations, in: International Studies Quarterly (Malden, MA/Oxford) 46 (2002), S. 331–354, hier S. 341f.

[17] Michael Hirsh, Bush and the World, in: Foreign Affairs (New York) 81,5 (September/October 2002), S. 18–43, hier S. 38: „The Europeans are learning during the war on terror what the Japanese learned in the Persian Gulf War: vast economic power gives you leverage mainly in economics, unless the will exists to turn it into something more. ... global security is another matter.“

[18] Reiter, Strategiepapier, S. 7; Ders., Kommentar, S. 72.

[19] John Lloyd, Rowing Alone, in: Financial Times (London) vom 3./4.8.2002, FT Weekend, S. I und III, hier S. iii. Auch Hirsh, S. 40: „The Europeans no longer play a big part in America’s military planning“; sie würden aber ein „essential ally“ bleiben.

[20] Reiter, Strategiepapier, S. 17; Ders., Kommentar, S. 75.

[21] Reiter, Die strategische Situation, S. 15.

[22] Reiter, Strategiepapier, S. 19; Ders., Kommentar, S. 76.

[23] Gary L. Geipel, ESDP and NATO: Challenges and Requirements through 2010, in: Erich Reiter, Reinhardt Rummel, Peter Schmidt (Hrsg.): Europas ferne Streitmacht. Chancen und Schwierigkeiten der Europäischen Union beim Aufbau der ESVP, Hamburg/Berlin/Bonn (E.S. Mittler & Sohn) 2001 (Forschungen zur Sicherheitspolitik 6), S. 43–59, hier S. 58f.

[24] Lloyd, a.a.O., S. I.

[25] Diethelm Weidemann, Kargil – Background and Fall-out of a Misperception, in: Bettina Robotka (Hrsg.), Considering the Future of Democracy in Pakistan, Berlin (Humboldt-

Universität zu Berlin, Institut für Asien- und Afrikawissenschaften) 2001 (Südasien Working Papers 1), S. 9–16, hier S. 13; siehe auch S. 14.

[26] Rahul Peter Das, Europazentrismus am Beispiel der neuen „Aufgaben der deutschen Außenpolitik“ zu Asien, mit besonderer Berücksichtigung Südasiens, in: Erich Reiter (Hrsg.), Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2002, Band 2, Hamburg/Berlin/Bonn (Verlag E.S. Mittler & Sohn) 2002, S. 125–145.

[27] Z.B. Wanxiao Sun, A New Information Fusion Method for Land-Use Classification Using High Resolution Satellite Imagery. An Application in Landau, Germany, Dissertation am Fachbereich Geowissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz 1999 (einsehbar unter <<http://archimed.uni-mainz.de/pub/2000/0004/diss.pdf>>).

[28] Vgl. z.B. Sidney E. Dean, Rückkehr zu Star Wars? Die militärische Bedeutung des Weltraums im 21. Jahrhundert, in: Europäische Sicherheit. Politik, Streitkräfte, Wirtschaft, Technik (Bonn) 48, 5 (Mai 1999), S. 17–19.

[29] Siehe z.B. Keno Verseck, Indisch-pakistanisches Wettrennen, Die Tageszeitung (Berlin) vom 8.2.2002, S. 14.

[30] Vgl. Lloyd Richardson, Now, Play the Indian Card, in: Policy Review (Washington, D.C.) 115 October & November 2002, S. 19–37, hier S. 34: „At the very least, India must agree not to engage in proliferation of its own (Iran in particular comes to mind), nor to develop missiles capable of targeting the United States.“

[31] The National Security Strategy of the United States of America, September 2002; zu beziehen über <<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.html>>.

[32] Ebd., S. 25–28.

[33] Siehe Justin Sommers (Hrsg.), The India-China Relationship: What the United States Needs to Know. Conference Report November 30, 2001, New York (Asia Society/Woodrow Wilson International Center for Scholars) 2002, S. 30.

[34] Siehe zu dieser Frage z.B. Subrata Mitra, Emerging Major Powers and the International System: Significance of the Indian View, Heidelberg (South Asia Institute, Department of Political Science, University of Heidelberg) 2002 (Heidelberg Papers in South Asian and Comparative Politics, Working Paper 9).

[35] Vgl. dazu auch Das, Beziehungen, S. 193f. Bezeichnenderweise beschäftigte sich das Schwerpunktheft „Machtkonstellationen in Asien“ der Berliner Zeitschrift „Internationale Politik“ (Band 56, 4 von April 2001) fast ausschließlich mit China; Indien kam nur in zwei Beiträgen vor, im Zusammenhang mit China. Dafür war Indonesien allein ein Beitrag gewidmet.

[36] Vgl. Ebd., S. 192f.

[37] Urs Schoettli, Japan als künftiger Akteur der internationalen Politik, in: Erich Reiter (Hrsg.), Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2002, Band 1, Hamburg/Berlin/Bonn (Verlag E.S. Mittler & Sohn) 2002, S. 303–314, hier S. 312. Vgl. auch Das, Beziehungen, S. 199f.

[38] Vgl. Das, Europazentrismus, S. 142–145.

[39] Vgl. z.B. Klaus Seitz, Bildung im Horizont der Weltgesellschaft – Mythen und Probleme weltbürgerlicher Erziehung, in: Hans H. Blotvogel, Jürgen Ossenbrügge und Gerald Wood (Hrsg.), Lokal verankert – weltweit vernetzt. (52. Deutscher Geographentag Hamburg 2.–9.10.1999.) Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, Stuttgart (Franz Steiner Verlag) 2000, S. 451–460, hier S. 452.

[40] Vgl. dazu auch Rahul Peter Das, Ausblick, in: Peter Hazdra, Erich Reiter (Hrsg.), Die sicherheitspolitische Entwicklung in Südasiens, Wien (Landesverteidigungsakademie Wien / Büro für Sicherheitspolitik) 2001 (Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 3/2002), S. 139–142.

- [41] Herfried Münkler, Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg (Rowohlt Verlag) 2002. Vgl. auch Ders., Die neuen Kriege und das gewandelte Aufgabenfeld der Sicherheitspolitik, in: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie und Kultur (Frankfurt/M.) April 2002, S. 6–11.
- [42] Kenichi Ohmae, The End of the Nation State. The Rise of Regional Economies, New York (Free Press) bzw. London (HarperCollins) 1995.
- [43] Hans Heinrich Blotevogel, Die Globalisierung der Geographie, in: Blotevogel u.a., Lokal verankert, S. 15–29, hier S. 20.
- [44] Vgl. Das, Ausblick, S. 141.
- [45] Henry Kissinger, Does America Need a Foreign Policy? Toward a Diplomacy for the 21st Century, New York (Simon & Schuster) 2001.
- [46] Vgl. z.B. Dietrich Soyez, Lokal verankert – weltweit vernetzt: Transnationale Bewegungen in einer entgrenzten Welt, in: Blotevogel u.a., Lokal verankert, S. 29–46, hier S. 39–41.
- [47] Dies scheint die in vielem zweifellos berechtigte Kritik an den bekannten Thesen Samuel Huntingtons, vor allem in Bezug auf ihre Methodik und undifferenzierten Verallgemeinerungen, bisweilen zu übersehen oder übersehen zu wollen. Ein stellvertretendes Beispiel ist Hermann Kreutzmann und Georg Stöber, Fragmentierte Weltsichten: Kolbs Kulturerdteile und Huntingtons „Civilizations“ in einer Globalgesellschaft, in: Blotevogel u.a., Lokal verankert S. 563–569. Die Idee homogener und abgrenzbarer Kulturräume ist sicherlich problematisch, und es ist auch unbestreitbar, dass die letztendliche Handlungseinheit das Individuum ist (S. 568), aber auch das Individuum existiert nicht unabhängig vom Raum.
- [48] Robert Jervis, Perception and Misperception in International Politics, Princeton NJ (Princeton University Press) 1976.
- [49] K.P.S. Gill, Endgame in Punjab: 1988–1993, in: Faultlines. Writings on Conflict & Resolution (New Delhi) 1, 1 (May 1999), S. 1–72; hier S. 39: „The war against terror, as with all wars, is fought as much in the minds of men as it is on the field of battle.“
- [50] Robert Kagan, Power and Weakness, in: Policy Review (Washington D.C.) 113 (June & July 2002), S. 3–28